

PK2

Auszug aus dem Reglement

Art. 10 Überversicherung

1. Die PK2 kürzt die berechneten Leistungen, soweit die Invalidenleistungen oder die Todesfallleistungen zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90% der Summe des letzten anrechenbaren Lohns übersteigt. Für die Berechnung der Überversicherung werden der letzte anrechenbare Lohn vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität oder zum Tod geführt hat, berücksichtigt.
2. Als anrechenbare Einkünfte gelten:
 - a) Die Leistungen der AHV und der IV
 - b) Die Leistungen gemäss UVG
 - c) Die Leistungen gemäss MVG
 - d) Das weiterhin erzielte Erwerbs- oder Ersatzeinkommen eines Voll- oder Teilinvaliden
 - e) Das zumutbare noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen eines Teilinvaliden mit einem Invaliditätsgrad von weniger als 60%.
3. Die Kürzung wird periodisch oder wenn sich die Verhältnisse ändern, überprüft.
4. Der nicht ausbezahlte Teil der versicherten Leistungen verfällt der Pensionskasse.

Art. 12 Anrechenbarer Lohn / Versicherter Lohn

1. Der massgebende Jahreslohn entspricht dem voraussichtlichen AHV-Jahres-lohn bzw. bei Selbstständigerwerbenden dem deklarierten AHV-Jahreseinkommen. Ein allfälliger Bonus beziehungsweise eine Leistungsprämie (die Leistungs-komponente des Lohnes im Unterschied zum Grundlohn) muss bis zum oberen BVG-Grenzwert (dreifache maximale AHV-Altersrente) in den massgebenden Jahreslohn einbezogen werden. Sofern im Anschlussvertrag nicht anders vereinbart, ist ein allfälliger Bonus bzw. eine Leistungsprämie über dem oberen BVG-Grenzwert nicht versichert. Sofern im Anschlussvertrag nichts anderes vereinbart ist, sind eine Abgangschädigung gemäss Obligationenrecht Art. 339b und andere gelegentlich anfallende Lohnanteile nicht versichert.
2. Der massgebende Jahreslohn wird bei Eintritt oder bei Anpassung auf den 1. Januar im Voraus festgelegt. Dieser darf den 10-fachen oberen BVG-Grenzwert nicht übersteigen. Lohnänderungen während des Jahres werden ab dem Zeitpunkt der Meldung berücksichtigt. Die Lohnmeldungen der Mitgliedfirma haben gemäss innert 30 Tagen schriftlich zu erfolgen. Unterlässt die Mitgliedfirma bzw. der Selbstständigerwerbende die schriftliche Lohnmeldung per 1. Januar, behält der bisher gemeldete AHV-Jahreslohn bzw. das bisher gemeldete AHV-Jahreseinkommen weiterhin seine Gültigkeit. Bei Berufen, in denen der Beschäftigungsgrad oder die Einkommenshöhe stark schwanken, kann für die Festsetzung des massgebenden Jahreslohnes der Vorjahreslohn oder ein Durchschnitt der letzten drei Jahre gemeldet werden. Kann der massgebende Jahreslohn so nicht bestimmt werden, kann dieser pauschal nach dem Durchschnittslohn der jeweiligen Berufsgruppe festgesetzt werden. Bei teilinvaliden Personen werden die Grenzbeträge, insbesondere der auf einen 100 % Beschäftigungsgrad berechnete Koordinationsabzug sowie der maximale massgebende Jahreslohn angepasst, falls der für die Berechnung des Invalidenrentenanspruchs massgebende Invaliditätsgrad mindestens 40 % beträgt. Bei Saisonal-Angestellten und Personen, welche im Stundenlohn beschäftigt sind, ist der voraussichtliche AHV-Jahreslohn aufgrund des Durchschnittslohnes der ersten drei Beschäftigungsmonate festzulegen. Ist eine arbeitnehmende Person, deren AHV-Jahreslohn die Eintrittsschwelle übersteigt, bei weiteren Mitgliedern oder auch nicht bei der PK2 angeschlossenen Arbeitgebern beschäftigt, kann der Gesamtlohn bei der PK2 versichert werden. Bei der PK2 ausserobligatorisch versicherte Personen gemäss Art. 6 Ziff. 5 mit weiteren Arbeitgebern können ebenfalls für den Gesamtlohn versichert werden, sofern alle Arbeitgeber zustimmen. Die PK2 rechnet die Gesamtbeiträge nur mit der bei ihr angeschlossenen Mitgliedfirma ab. Die anteils-mässige Abrechnung erfolgt unter den beteiligten Arbeitgebern. Die Art. 28 ff. BVV2 sind sinngemäss anwendbar. Selbstständigerwerbende, die sich unmittelbar nach der Aufgabe der unselbstständigen Tätigkeit bei der Ausgleichskasse angemeldet haben, können sich für die ersten drei Versicherungsjahre mit einem gemäss Ziff. 1 abweichenden AHV-Jahreslohn versichern. Als massgebender Jahreslohn gilt dann der durchschnittlich in den letzten drei Jahren vor dem Beginn der Selbstständigkeit erzielte AHV-Jahreslohn, sofern dieses Einkommen als Selbstständigerwerbende realistischerweise erzielbar wäre. Der Nachweis des erzielten AHV-Jahreslohns ist mit dem Auszug aus dem individuellen Konto der Ausgleichskasse zu belegen. Alternativ kann der massgebende Jahreslohn des Selbstständigerwerbenden für die ersten drei Versicherungsjahre pauschal aufgrund des Durchschnittslohns der betreffenden Berufsgruppe festgesetzt werden. Der branchenübliche Durchschnittslohn ist vom Selbstständigerwerbenden zu belegen.

3. Gehört eine versicherte Person nicht während eines ganzen Kalenderjahres der PK2 an, so wird der massgebende Lohn auf ein Jahr hochgerechnet. Sinkt der AHV-Jahreslohn bzw. das AHV-Jahreseinkommen vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder aus ähnlichen Gründen, behält der bisherige massgebende Jahreslohn mindestens so lange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht gemäss Obligationenrecht dauern würde, respektive der Mutterschaftsurlaub besteht.
4. Grundlage für die Festsetzung der Beiträge und Leistungen bildet der versicherte Lohn. Für die Berechnung des versicherten Lohnes gelten die vom Bundesrat festgesetzten Ansätze.
5. Ist der gemeldete AHV-Jahreslohn bzw. das gemeldete AHV-Jahreseinkommen niedriger als der effektive AHV-Jahreslohn bzw. das effektive AHV-Jahreseinkommen, werden Korrekturen nach Eintritt eines Leistungsfalles nur für die BVG minimalen Leistungen vorgenommen. Die überobligatorischen Leistungen werden nicht angepasst.

Art. 14 Altersguthaben

1. Für jedes Mitglied wird ab dem BVG-Alter 20 ein Altersguthaben gebildet. Es setzt sich zusammen aus:
 - a) Den jährlichen Altersgutschriften
 - b) Den eingebrachten Austrittsleistungen und Freizügigkeitsguthaben sowie den geleisteten Einkaufssummen, abzüglich allfälliger Vorbezüge, und
 - c) Den gutgeschriebenen Zinsen.
2. Jeder versicherten Person wird während der Dauer der Beitragspflicht, frühestens am 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres, am Ende jeden Kalenderjahres eine Altersgutschrift gutgeschrieben. Bei Personen, die im Sinne der Invalidenversicherung zu mindestens 70% invalid sind, wird das Alterskonto während der Dauer der Invalidität als passive Versicherung bis zum Referenzalter weitergeführt. Bei Teilinvalidität wird das Altersguthaben entsprechend dem Invalidenrentenanspruch in einen passiven und einen aktiven Teil aufgeteilt. Für die passive Versicherung bleibt der versicherte AHV-Jahreslohn bzw. das versicherte AHV-Jahreseinkommen konstant. Für die aktive Versicherung wird der versicherte AHV-Jahreslohn bzw. das versicherte AHV-Jahreseinkommen nach Art. 12 festgelegt.

Art. 27 Invalidenrente

1. Mitglieder, die im Sinne der IV im Erwerbsbereich invalid sind, gelten auch bei der PK2 als invalid.
2. Anspruch auf eine Invalidenrente haben Versicherte bei Vorliegen von Invalidität, sofern sie bei Beginn der massgebenden Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der PK2 versichert waren und das Referenzalter noch nicht erreicht haben.
3. Eine Invalidität liegt in dem Masse vor, wie eine versicherte Person im Sinne der Invalidenversicherung im Erwerbsbereich invalid ist.
4. Die Höhe des Anspruchs auf eine Invalidenrente wird in prozentualen Anteilen an einer ganzen Rente festgelegt. Als Berechnungsgrundlage gelten diejenigen Leistungen, die im Zeitpunkt der massgebenden Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität führt, versichert gewesen sind.
Ein Invaliditätsgrad von weniger als 25% begründet keinen Anspruch auf eine Versichertenleistung. Zwischen einem Invaliditätsgrad von 25% und 59% entspricht der Rentenanspruch dem Invaliditätsgrad in Prozent, gemessen an einer ganzen Rente. Beträgt der Invaliditätsgrad 60% oder mehr, besteht ein Anspruch auf eine Dreiviertelsrente. Ein Invaliditätsgrad von 70% oder mehr gibt Anspruch auf eine ganze Rente.
5. Der Anspruch beginnt nach der Wartefrist von zwei Jahren, frühestens ab dem Zeitpunkt, in dem die Invalidenversicherung eine Rente ausrichtet. Bei Erreichen des Referenzalters wird die Invalidenrente durch eine Altersinvalidenrente abgelöst.
6. Werden nach dem Ablauf der Wartefrist von einer Krankentaggeld- und/oder Unfallversicherung weiterhin Taggelder ausgerichtet, so wird der Anspruch bis zum Ende der Taggeldzahlungen aufgeschoben.

Art. 27 Invalidenkinderrente

1. Bezüger/innen einer Invalidenrente haben für jedes Kind, das im Fall ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Invalidenkinderrente.
2. Die Invalidenkinderrente wird vom gleichen Zeitpunkt an ausgerichtet wie die Invalidenrente und wird an die anspruchsberechtigte Person ausbezahlt. Sie erlischt, wenn die Invalidenrente wegfällt, spätestens aber, wenn der Anspruch auf eine Waisenrente wegfallen würde.

Art. 31 Beitragsbefreiung

1. Bei einer Arbeitsunfähigkeit bzw. Invalidität tritt nach der Wartefrist von 3 Monaten die Befreiung von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen ein, sofern die versicherte Person zu diesem Zeitpunkt das Referenzalter noch nicht erreicht hat. Bei einer Arbeitsunfähigkeit endet die Beitragsbefreiung bei

Wiedererlangen der Arbeitsfähigkeit, bei Arbeitsunfähigkeit von weniger als 25% sowie der Auflösung des Arbeitsverhältnisses, spätestens nach 24 Monaten ab Beginn der Arbeitsunfähigkeit.

2. Solange die Invalidität im Sinne von Art. 26 nicht festgestellt ist, erfolgt die Beitragsbefreiung aufgrund der Taggeldabrechnungen einer Kranken- oder Unfallversicherung oder aufgrund von ärztlichen Zeugnissen (sofern keine Taggeldversicherung vorhanden ist).
3. Keine Beitragsbefreiung wird mehr gewährt, wenn die PK2 den Arbeitgeber oder die versicherte Person auf die Anmeldung bei der Invalidenversicherung hinweist und diese nicht innerhalb von einer Frist von 6 Monaten erfolgt. Die PK2 ist durch Zustellung einer Kopie der Anmeldung darüber zu informieren.
4. Kein Anspruch auf Beitragsbefreiung besteht während der Dauer des Bezugs von Mutterschaftsentschädigung.